

BILDUNGSREPUBLIK DEUTSCHLAND



BESCHLUSS DES BUNDESVORSTANDS DER
CDU DEUTSCHLANDS VOM 27. JUNI 2011

DIE MITTE.

CDU

Bildungsrepublik Deutschland

Präambel

1. Unser Ziel ist die Bildungsrepublik Deutschland:

- * Ein Bildungssystem, in dem die vielfältig gebildete Persönlichkeit im Zentrum steht.
- * Eine Gesellschaft, die den Wert der Bildung schätzt und um ihre kulturprägende Kraft weiß.
- * Ein Land, in dem der Aufstieg durch Bildung jedem Menschen offensteht.
- * Eine Bildungspolitik in einer föderalen Ordnung, in der jede politische Ebene zur Leistungsfähigkeit des Bildungssystems ihren Beitrag leistet und ihre Verantwortung wahrnimmt.

Die Bildungsrepublik Deutschland zeichnet sich durch ein modernes, leistungsfähiges, differenziertes Bildungssystem aus, das Bildung von Anfang an und ein Leben lang fördert und als Quelle für Selbstständigkeit, Urteilskraft und Orientierung, als Schlüssel für individuelle Lebenschancen sowie gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe, als Motor für soziale und ökonomische Entwicklung und als Weg zur Integration versteht.

Nach einem Jahrzehnt umfassender Reformen im Bildungssystem, die Deutschland wettbewerbsfähiger gemacht und den Stellenwert von Bildung in der Gesellschaft verbessert haben, werden wir jetzt die nächsten Schritte zur Stärkung der Bildungseinrichtungen auf den Weg bringen. Dabei wollen wir auch der zu Recht in der Öffentlichkeit formulierten Erwartung nach mehr Vergleichbarkeit bei der Organisation des Bildungssystems, den Bildungsstandards, den Bildungsplänen und den Schulabschlüssen Rechnung tragen. Darin sehen wir sowohl eine Voraussetzung für bessere

Mobilität in unserer Gesellschaft als auch für die Akzeptanz der föderalen Ordnung in einer globalen Welt.

Die Grundsätze unserer Bildungspolitik

1. Ausgangspunkt und Maßstab unserer Bildungspolitik ist der einzelne Mensch. Nach unserem christlichen Menschenbild ist er ein freies und verantwortliches Wesen, dem das Recht auf Bildung genauso zusteht wie der Anspruch auf Respekt für unterschiedliche Begabungen und eine mit der Reife wachsende Verantwortung für die Entfaltung der eigenen Talente. Die individuelle Förderung jedes Einzelnen, das Zutrauen in seine persönlichen Fähigkeiten und Anstrengungen sowie das jederzeitige Offenhalten des Weges zu besserer Bildung sind Ausdruck dieses Menschenbildes und Verpflichtung unserer Politik.
2. Qualität und Gerechtigkeit sind die Maßstäbe, an denen sich unsere Bildungspolitik orientiert. Die Qualität bemisst sich am Leistungsniveau, das erreicht wird, die Gerechtigkeit an den tatsächlichen Chancen, die ein Bildungssystem bietet. In einer offenen Gesellschaft bedeutet Gerechtigkeit, dass Leistung entscheidet und nicht Herkunft, Besitz oder Beziehungen. Deshalb wollen wir gute Start- und Aufstiegschancen für alle.
3. Zu guter Bildung gehören Wissen und Können, Einsicht und Erfahrung, Urteilskraft und Wertebewusstsein. Bildung stärkt Menschen, ihre vielfältigen Begabungen zu entfalten und ihre Persönlichkeit zu entwickeln. Dieses ganzheitliche Bildungsverständnis prägt unsere Bildungspolitik.
4. Ohne Bildung gibt es keine Kultur, ohne Kultur keine Bildung. Deshalb hat kulturelle Bildung überragende Bedeutung sowohl für die individuelle Persönlichkeitsentfaltung als auch für das Selbstverständnis und die Entwicklung unserer Gesellschaft.
5. Bildung beginnt in der Familie und begleitet uns das ganze Leben. Die Entwicklung persönlicher Kompetenzen wie Kreativität, Kommunikationsfähigkeit, religiöse Bil-

dung sowie ethisches und ästhetisches Urteilsvermögen sind gleichermaßen Gegenstand des Lernens in allen Lebensphasen wie die Aktualisierung von Wissen und fachlichen Kenntnissen und Kompetenzen.

6. Bildung und Erziehung sind eng miteinander verbunden. Deshalb hat die Schule neben dem Bildungs- auch einen Erziehungsauftrag. Sie ergänzt und unterstützt die Erziehungsleistungen der Eltern.

Wo diese elterlichen Erziehungsleistungen, aus welchen Gründen auch immer, gering ausgeprägt sind, bedarf es der Beratung und Hilfen für die Eltern. Sind Eltern dauerhaft außerstande, ihre Verantwortung wahrzunehmen, muss der Staat um der Kinder willen helfend eingreifen können. Nur so wird es gelingen, negative Zusammenhänge zwischen familiärer Herkunft und Bildungserfolg zu überwinden.

7. Frühkindliche Bildung und Erziehung in der Kindertagesstätte sind der Schlüssel für mehr Chancengerechtigkeit und eine bessere Vorbereitung auf den Übergang in die Schule. Durch eine stärkere Verzahnung von frühkindlicher und schulischer Bildung wird der Bildungsaspekt der Kindertagesstätte gestärkt.
8. Jedes Kind und jeder Jugendliche verdient es, bestmöglich individuell gefördert zu werden. Ein differenziertes Bildungssystem bietet eine Vielfalt an Bildungswegen, die Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit gewährleisten. In einer Zeit, in der Lernen in allen Lebensphasen gefordert wird, sind erworbenes Wissen und entwickelte Kompetenzen entscheidender als der Verweis auf die zunächst besuchte Schulart.
9. Der Erzieher- und Lehrerberuf gehört zu den besonders verantwortungsvollen und wichtigen Tätigkeiten in unserer Gesellschaft. Die Qualität der Arbeit in den Kindertagesstätten und Schulen steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Engagement und den Qualifikationen der Erzieherinnen und Erzieher sowie der Lehrerinnen und Lehrer. Die Erzieher- und Lehrerausbildung hat deshalb für uns einen hohen Stellenwert.
10. Berufliche Bildung, vor allem die duale Ausbildung, ist eine Stärke des Bildungssystems in Deutschland. Sie trägt wesentlich zur niedrigen Jugendarbeitslosigkeit hier-

zulande bei. Jeder junge Mensch verdient eine Chance auf eine solche Ausbildung. Eine bessere schulische Vorbereitung ist dafür ein wichtiger Schritt. Auch die Berufsinformation und -vermittlung der Bundesagentur für Arbeit sollte an dieser Stelle die beruflichen Weichenstellungen mit unterstützen.

Die Qualität und Attraktivität der beruflichen Bildung steigt durch eine laufende Modernisierung der Ausbildungsberufe und die konkrete Gleichwertigkeit zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung. Dies gilt auch für deren internationale Ausrichtung.

11. Die Bedeutung der Kommunen als Träger von Bildungseinrichtungen ist deutlich gewachsen. Sie sind in der Verantwortung, sich als starke Bildungspartner vor Ort aufzustellen. Kommunale Partnerschaften und kommunales Bildungsmanagement leisten einen wichtigen Beitrag, damit die Bildung und die Erziehung unserer Kinder noch besser gelingt. Die frühkindliche und die außerschulische Bildung genauso wie die Weiterbildung sind wichtige Bausteine zur Entwicklung kommunaler Bildungslandschaften.
12. Wir bekennen uns zur Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die seit März 2009 in Deutschland gilt und die wir schrittweise umsetzen werden. Wir wollen, dass mehr behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam lernen. Zur bestmöglichen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen streben wir so viel Integration wie möglich und so viel sonderpädagogische Förderung wie nötig an.
13. Das Wissenschaftssystem in Deutschland hat im internationalen Wettbewerb an Anziehungskraft gewonnen. Dazu hat insbesondere die Exzellenzinitiative beigetragen. Zu einer zukunftsfähigen Entwicklung des Wissenschaftssystems gehören für uns weitere Schritte der Internationalisierung, damit Deutschland attraktiv ist für Talente aus aller Welt.

Besondere Herausforderungen für die Bildungsrepublik Deutschland

Demografische Veränderungen

Unsere Bildungslandschaft steht angesichts der demografischen Veränderungen vor einem großen Anpassungsbedarf. Gleichzeitig verschärft der demografische Wandel den Wettbewerb um gut ausgebildete Fachkräfte und untermauert damit die Bedeutung von Bildung in der Wissensgesellschaft. Unsere Gesellschaft braucht die Fähigkeiten und Talente jedes einzelnen Menschen. Deshalb müssen die demografiebedingten Anpassungen des Bildungssystems mit einer Verbesserung der Qualität verbunden werden und zugleich zu der notwendigen Fachkräftesicherung beitragen.

Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen müssen sich dauerhaft auf eine deutlich niedrigere Nachfrage nach Plätzen einrichten. Der Rückgang verläuft dabei regional und zeitlich unterschiedlich. Während die östlichen Länder derzeit nahezu die Halbierung ihrer Schülerzahlen verkraften müssen und dazu Schulen schließen und zusammenlegen, wird diese Entwicklung in den kommenden Jahren auch die westlichen Flächenländer immer stärker erfassen und dort zu einem spürbaren Rückgang der Schülerzahlen von bis zu einem Viertel führen. Hierfür gilt es jetzt geeignete Lösungen zu finden, damit auch in Zukunft eine gute Bildungsinfrastruktur in allen Regionen des Landes vorhanden ist, die allen Jugendlichen flächendeckend qualifizierte Bildungs- und Berufsabschlüsse eröffnet.

Der Rückgang der Schülerzahlen kann zu einer Chance für eine bessere Qualität der Bildung werden, wenn vorhandene finanzielle Mittel und Personal auch für Qualitätsverbesserungen eingesetzt werden.

Integration

Die Schülerschaft wird noch vielfältiger werden als in früheren Generationen. In zahlreichen städtischen Ballungszentren haben inzwischen mehr als die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren eine Zuwanderungsgeschichte. Viele von ihnen leben in sozialen Risikolagen. Das gilt oft auch für einheimische Kinder, die in sozial schwierigen Verhältnissen aufwachsen. Unser besonderes Augenmerk gilt diesen Kindern und Jugendlichen, damit sie einen Zugang zur Bildung bekommen, ihre Talente und Begabungen entfalten.

ten können und einen Schul- und Berufsabschluss erwerben. Der Schlüssel zu mehr Bildungsgerechtigkeit liegt in einer individuellen Lernförderung aller Schülerinnen und Schüler. Qualitätsverbesserung im Bildungssystem meint vor allem auch mehr Angebote für eine individuelle Lernförderung.

Globalisierung

In unserer vernetzten Welt geht die Weiterentwicklung des Bildungs- und Wissenschaftssystems mit Internationalisierung einher. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten für internationale Abschlüsse an unseren Schulen verbessern. Angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels wollen wir die Berufsausbildung stärker für Auszubildende aus dem Ausland öffnen. Unsere Hochschulen sind schon heute weltweit angesehen und gehören zu den beliebtesten Studienstandorten. Zu einer weiteren Internationalisierung des Wissenschaftssystems gehört es, noch mehr Dozentinnen und Dozenten sowie Professorinnen und Professoren aus anderen Ländern attraktive Perspektiven für Lehre und Forschung an unseren Hochschulen zu eröffnen. Dazu gehört es auch, ausländischen Studierenden nach ihrem Abschluss gute Chancen für einen Berufseinstieg in Deutschland zu ermöglichen.

Auf den Anfang kommt es an

Den Bildungsaspekt im Vorschulbereich ausbauen

Jedes Kind braucht den Zugang zur Bildung und soll seine Talente entwickeln können, unabhängig von seiner sozialen und kulturellen Herkunft. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen eindrucksvoll die überragende Bedeutung der ersten Lebensjahre für den späteren schulischen und beruflichen Erfolg. Deshalb richten wir den Blick vor allem auf die Chancen in den frühen Jahren und treten dafür ein, auch den Bildungsaspekt in allen Einrichtungen, die der Bildung und Betreuung von noch nicht schulpflichtigen Kindern dienen, qualitativ und quantitativ auszubauen.

Elternverantwortung stärken

Die Eltern sind für die Erziehung und Bildung ihrer Kinder unersetzlich. In der Familie werden den Kindern erste grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt. Kinder brauchen eine Umgebung, die Bildungsprozesse anstößt und zum Lernen ermutigt. In den aller-

meisten Familien gelingt dies, auch wenn die Zahl der Eltern wächst, die dieser Aufgabe aus unterschiedlichen Gründen nicht nachkommen. Hier wollen wir, wo erforderlich, durch aufsuchende Elternbildung die Erziehungskompetenz frühzeitig und gezielt stärken.

Viele Studien belegen den engen Zusammenhang von Bindungsfähigkeit und Bildungsfähigkeit sowie von kultureller und kognitiver Bildung. Kinder müssen Vertrauen in sich und ihre Umgebung entwickeln können, um bildungsfähig zu werden. Die Ermutigung und Befähigung von Eltern, ihre Kinder entsprechend zu fördern, ist ein wichtiger Baustein der frühkindlichen Bildung. Dies gilt in besonderer Weise für Kinder, die in den wichtigen ersten Lebensjahren nicht die Unterstützung ihrer Eltern erfahren, um im späteren Leben ihre Talente voll entfalten zu können. Was in den ersten Lebensjahren nicht ausreichend vermittelt wird, ist im späteren Bildungs- und Lebensverlauf nur schwer und mit großen persönlichen und finanziellen Anstrengungen aufzuholen. Deshalb gilt diesen Kindern unsere besondere Aufmerksamkeit.

Partnerschaft von Familie und Bildungseinrichtung

Eine pädagogisch qualifizierte Förderung in den ersten Lebensjahren leistet einen wichtigen Beitrag, um Kinder zum Lernen zu ermutigen. Neben der Förderung im Elternhaus und in der Familie hat der Besuch einer guten Kindertagesstätte für viele Kinder eine positive Wirkung auf ihren späteren Bildungserfolg. Damit dieses Ziel gelingen kann, ist eine vertrauensvolle Partnerschaft von Familie und Kindertagesstätte unerlässlich. Mit dem Bildungspaket hat die Bundesregierung zusammen mit den Ländern den richtigen Weg eingeschlagen, um 2,5 Millionen bedürftigen Kindern aus Familien mit geringem Einkommen mehr Zukunftschancen zu geben.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Neben einer guten Bildung ihrer Kinder stellt für Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oft eine Herausforderung dar, insbesondere in den westdeutschen Flächenländern. Deshalb ist es wichtig, dass bis zum Jahr 2013 ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung steht. Damit erfüllen wir ab 2013 den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz.

Wir streben die weitere Qualifizierung des Berufs der Erzieherin und des Erziehers in den Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege an, damit sie dem Bildungsauftrag

gerecht werden können. Mit Bildungsplänen, die den eigenständigen Bildungsauftrag der Kindertagesstätten festschreiben, haben die Länder auf die wachsende Bedeutung der frühkindlichen Bildung reagiert.

Ziel ist mehr Verbindlichkeit in der Arbeit der Kindertagesstätten. Vor Ort müssen verbindliche Vereinbarungen zwischen den Kommunen und den freien Trägern getroffen werden, die dem Bildungsanspruch gerecht werden. Beispielsweise können Kindertagesstätten in sozialen Brennpunkten eine bessere personelle, räumliche und materielle Ausstattung erhalten, wodurch ihnen neue Möglichkeiten für eine individuellere Förderung der Kinder eröffnet werden.

Dafür setzen wir uns ein:

Gemeinsame Zuständigkeit

- Eine gemeinsame Zuständigkeit für Kindertagesstätten und Grundschulen ist in den Bildungsministerien der Länder anzusiedeln.

Verpflichtende Standards und Bildungspläne

- Länder, Kommunen und die freien Träger verpflichten sich vertraglich auf die Einhaltung gemeinsamer Bildungsstandards.
- Die Länder vereinbaren zusammen mit den Kommunen und den freien Trägern einheitliche Richtgrößen für frühpädagogische Einrichtungen (z. B. Gruppengrößen, Erzieher-Kind-Relation, räumliche und materielle Ausstattung). Besonders vorbildliche Kindertagesstätten, die die entsprechenden Standards erfüllen, werden mit einem nationalen Gütesiegel ausgezeichnet.
- Die Umsetzung der Bildungspläne wird regelmäßig wissenschaftlich begleitet und bewertet, um zu überprüfen, inwieweit sie tatsächlich angewendet werden und welcher Weiterentwicklungsbedarf besteht.

Qualifikationen fördern

- Gute pädagogische Arbeit in unseren Kindertagesstätten verlangt die Anerkennung der Arbeit der Fachkräfte. Diese Anerkennung schließt ein, dass wir den Erzieherinnen und Erziehern, die Kinder aus sozial schwachen oder bildungsfernen Familien fördern, notwendige zusätzliche Qualifikationen ermöglichen.
- Eine aufsuchende Elternarbeit, verpflichtende Beratungsgespräche sowie der Abschluss von Bildungs- und Erziehungsverträgen können in Fällen mit besonderem Förderbedarf die Basis für ein verantwortungsbereites Miteinander bilden.

Mehr männliche Pädagogen und Fachkräfte mit Zuwanderungsgeschichte

- Hohe Frauenanteile in Kindertagesstätten und Grundschulen führen dazu, dass den Kindern männliche Rollenmodelle und Vorbilder fehlen. Dadurch erleben sie beide Geschlechter im Alltag nicht als gleichermaßen wichtig. Deshalb treten wir dafür ein, verstärkt junge Männer für den Beruf des Erziehers und des Grundschullehrers zu gewinnen.
- Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sollen ermutigt werden, den Erzieher- und den Lehrerberuf zu ergreifen, um als Vorbilder und Brückenbauer tätig zu werden. Interkulturelle Erziehungskompetenzen, bei denen ein Verständnis und der Umgang mit kulturspezifischem Rollenverhalten vermittelt werden, erhöhen die Chancen auf eine gelingende Integration. Wir wollen bei Abiturienten mit Zuwanderungsgeschichte aktiv für den Lehrerberuf werben.

Übergänge erleichtern und Zuständigkeiten zusammenführen

Die Trägerschaft für die Erziehung und Bildung von Kindern im frühkindlichen und im schulischen Bereich fällt derzeit zwischen Kommunen und Ländern auseinander. Um den Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule zu erleichtern und neue Verbindungen durch die Einrichtung von Bildungshäusern zu ermöglichen, treten wir dafür ein, die Verantwortung der Kommunen zu stärken.

Kommunen, die diese Aufgabe übernehmen möchten, sollen dazu in Zukunft auch die Möglichkeit erhalten. Wir fordern Länder und Kommunen auf, hierfür die erforderlichen

Grundlagen zu schaffen, damit die entsprechenden Vereinbarungen – auch über die damit verbundene Finanzierung – getroffen werden können.

Dafür setzen wir uns ein:

Bildungspläne unterstützen die Zusammenarbeit von Kindertagesstätte und Grundschule

- Die Verbindung der Einrichtung der frühkindlichen Bildung und der Grundschule verlangt einen integrierten Bildungsplan für die Kinder bis zum Alter von zehn Jahren.

Qualitätsverbesserung und verpflichtende Vorschule

- Entsprechend dem Grundsatz des Förderns und Forderns sprechen wir uns für verstärkte finanzielle Anstrengungen zur Qualitätsverbesserung in den Kindertagesstätten aus. Wir prüfen, das letzte Kindertagesstättenjahr in ein verpflichtendes Vorschuljahr umzuwandeln, um so eine bessere Verbindung mit der Grundschule zu ermöglichen.

Definition von Bildungszielen

- Wichtige Bildungsziele in der frühkindlichen Bildung sind die sprachliche Entwicklung der Kinder, die musisch-ästhetische Bildung und die Entwicklung von Konzentrations- und Bewegungsfähigkeit als Grundlage späterer Ausbildung und lebenslanger Weiterbildung.

Neugier an Natur und Technik wecken

- Pädagogische Fachkräfte in den Kindertagesstätten sollen bereits in ihrer Aus- und Weiterbildung darauf vorbereitet werden, die Kinder an Natur und Technik heranzuführen. Jede Tageseinrichtung kann ein „Haus der kleinen Forscher“ werden und so das Interesse der Kinder an Naturphänomenen und Technik wecken.

Musisch-kreative Aktivitäten fördern

- Kindertagesstätten sollen Eltern stärker als bisher ermutigen, die musisch-kreativen Ausdrucksmöglichkeiten ihrer Kinder auch durch Zusammenarbeit mit entsprechenden Angeboten von Kultureinrichtungen zu fördern.

Perspektiven für Erzieherinnen und Erzieher eröffnen

- Für die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher wollen wir einheitliche Mindeststandards, die sich an der dualen Berufsausbildung orientieren. Mit einem Gesamtkonzept für die berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung wollen wir sicherstellen, dass auch nach der Ausbildung das Fachwissen stets aktualisiert und die Methodenkompetenz erweitert wird. Anschlussfähige Bildungswege sollen Erzieherinnen und Erziehern berufliche Perspektiven eröffnen, beispielsweise im Grundschulbereich.
- Mit einer neuen Kultur der Zusammenarbeit von Erziehern in der Kindertagesstätte und Lehrkräften in der Grundschule wollen wir die Verbindung der beiden Einrichtungen zum Wohle der Kinder stärken. Gemeinsame Fortbildungen sollen den Erfahrungsaustausch und die Vernetzung unterstützen.

Grundschule im ländlichen Raum

- Um den Kindern lange Schulwege zu ersparen, tritt die CDU gemäß dem Grundsatz „kurze Beine kurze Wege“ für die Zulassung kleiner, wohnortnaher Grundschulen ein, um gerade im ländlichen Raum ein qualitativvolles Bildungsangebot sicherstellen zu können.

Fremdsprachenunterricht ab Klasse 1

- Angesichts der zunehmenden Internationalisierung der Bildungsgänge fordern wir die Einführung einer Fremdsprache ab Klasse 1 mit dem Ziel eines anwendungsorientierten Spracherwerbs in der Grundschule.

Sprachförderung stärken

Das Beherrschen der deutschen Sprache ist unerlässliche Voraussetzung für Bildung und Schulerfolg in Deutschland, für das Erlernen eines Berufs sowie für Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Je jünger Kinder sind, umso eher lernen sie eine Sprache. Dieses Zeitfenster muss deshalb genutzt werden, um allen Kindern, die bei uns leben, die deutsche Sprache zu vermitteln. Wir begrüßen die Offensive „Frühe Chancen“ und die zahlreichen ehrenamtlichen Initiativen, wie Vorlesepaten, die hier unterstützend tätig werden.

Dafür setzen wir uns ein:

Verbindliche Sprachstandserhebung

- Wir brauchen eine verbindliche, einheitliche und fortlaufende Sprachstandserhebung für alle Kinder im Alter ab drei Jahren. Dort, wo Bedarf besteht, wollen wir mit einem „Deutsch-Plus-Programm“ eine verpflichtende Sprachförderung in der Kindertagesstätte und – falls erforderlich – in der Schule erteilen.

Ausbau von Ganztags-Kindertagesstätten

- Sollen die unterstützenden Maßnahmen Wirkung zeigen, müssen die Kinder mit einem besonderen Förderbedarf täglich über einen längeren Zeitraum in der Kindertagesstätte anwesend sein. Deshalb treten wir für einen Ausbau von Ganztags-Kindertagesstätten vor allem in sozialen Brennpunkten und in einer für die Kinder erreichbaren Nähe ein.

Sprach- und Leseförderungsprogramme ausbauen

- Mit Blick auf die Vielzahl der Sprach- und Leseförderprogramme fordern wir Bund und Länder auf, auf der Grundlage empirisch belegbarer Ergebnisse Standards zu formulieren. Besonders wirksame Sprach- und Leseförderprogramme sollen mit einem nationalen Gütesiegel versehen werden.

Allianz für Bildung stärkt Schulen

Die Schulen in Deutschland haben an Qualität gewonnen. Das zeigen die internationalen Vergleichsstudien. Dennoch ist nach wie vor ein enger Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und schulischem Bildungserfolg feststellbar. Zu den großen bildungspolitischen Aufgaben der nächsten Jahre gehört es, diesen Zusammenhang zu überwinden.

Angesichts rückläufiger Schülerzahlen und wachsender Anforderungen an die Schulen in allen Regionen unseres Landes brauchen wir eine Weiterentwicklung der Strukturen im Bildungssystem. Deshalb setzen wir auf ein differenziertes, anschlussfähiges und durchlässiges Schulsystem, in dem Schülerinnen und Schüler ihren individuellen Bildungsweg

gehen können. Dazu wollen wir die Strukturen vereinfachen und die Vergleichbarkeit verbessern.

Derzeit haben wir zu viele Schulformen, die Eltern, Schüler und Lehrer gleichermaßen verwirren, die Vergleichbarkeit innerhalb und zwischen den Ländern erschwert und die Mobilität behindert. Ständige Schulstrukturänderungen, je nach Land und Partei, lichten dieses Dickicht nicht. Deshalb treten wir für eine Reduzierung der Schulformen und die Einführung des Zwei-Wege-Modells in allen Ländern ein: Gymnasium und Oberschule. Neben dem Gymnasium ist die Oberschule ein weiterer und gleichwertiger Bildungsweg, der Hauptschul- und Realschulgang miteinander verbindet. Er ermöglicht beide Bildungswege und -abschlüsse und öffnet einen Weg entweder in die berufliche Bildung oder zur allgemeinen Hochschulreife. Daneben respektieren wir integrative Systeme und funktionierende Haupt- und Realschulen vor Ort, wo dies dem Elternwillen entspricht.

Dafür setzen wir uns ein:

Gemeinsamkeiten stärken

- Bildungsföderalismus fördert den Wettbewerb um die beste Bildungsqualität, gleichzeitig darf er sich jedoch nicht in regionalen Zersplitterungen erschöpfen. Deshalb wollen wir über verbindliche Bildungsstandards hinaus vergleichbare Prüfungen in Gymnasien und Oberschulen erreichen. Mit klaren Anforderungen und verbindlichen Bildungsstandards schaffen wir die Voraussetzungen für Anschlussfähigkeit und bessere Mobilität, sichern Transparenz und verbindliche Rechenschaftslegung für Eltern. Unser Ziel sind gemeinsame schulische Abschlussprüfungen, wie zum Beispiel das Länderabitur. Dieses Ziel ist nicht von heute auf morgen zu erreichen. Deshalb wollen wir uns über gemeinsame Aufgaben in bestimmten Fächern oder Kooperationen zwischen einzelnen Ländern schrittweise einer gemeinsamen Reifeprüfung nähern. Wir sind davon überzeugt, dass über den Weg vergleichbarer Prüfungen letztlich auch die Akzeptanz des Bildungsföderalismus bei den Bürgerinnen und Bürgern deutlich verbessert wird.

Stärkung des Schulprofils durch mehr Eigenverantwortung

- Wir wollen den Schulen mehr Möglichkeiten eröffnen, ein eigenes Profil zu entwickeln. Bundeseinheitliche Bildungsstandards geben dabei den Schulen die Freiheit, einerseits mit eigenen Bildungsplänen die Standards umzusetzen und andererseits ihr Profil zu schärfen. Wir sind davon überzeugt, dass starke Eigenverantwortung gute und zukunftsorientierte Schulen auszeichnet und den Weg ebnet zu noch größerer Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse – sowohl der mittleren Reife als auch des A-biturs. Wir wollen die Schulen auf diesem Weg unterstützen und ihnen mehr Spielräume im Bereich von Budget- und Personalfragen ermöglichen.

Freie und private Träger bereichern die Bildungslandschaft

- Wir bekennen uns neben den öffentlichen Schulen auch zu Schulen in freier und privater Trägerschaft. Sie sind Ausdruck eines großen bürgerschaftlichen und kirchlichen Engagements und bereichern durch eine weltanschauliche Grundausrichtung oder alternative pädagogische Konzepte unsere Bildungslandschaft. Deshalb stehen wir für eine verlässliche und bedarfsgerechte Unterstützung der Schulen in freier und privater Trägerschaft, zumal sie wichtige pädagogische Impulse setzen, auch in Fragen der Werteerziehung. Schulen in freier und privater Trägerschaft stehen in der besonderen Verantwortung, sich für Bildung in sozialen Brennpunkten zu engagieren.

Mehr internationale Abschlüsse ermöglichen

- Wohlstand und Entwicklung unseres Landes sind auf das engste mit der Globalisierung und Internationalisierung verbunden. Auf die damit verbundenen Herausforderungen für unser Bildungssystem wollen wir im Schulbereich auch mit der Möglichkeit reagieren, verstärkt bilinguale Schulen mit internationalen Schulabschlüssen einzurichten. Beispiele aus den Grenzregionen unseres Landes zeigen, dass der gemeinsame Schulbesuch zusammen mit Schülerinnen und Schülern aus unseren Nachbarländern die interkulturelle Kompetenz stärkt und das Interesse an den Entwicklungen in unseren Nachbarländern fördert.

Null Toleranz gegen Gewalt und für ein gutes Schulumfeld

- Gute Bildung braucht nicht nur eine gute Schule, sondern auch ein gutes Schulumfeld. Dazu gehört Null-Toleranz gegenüber Gewalt auf Schulhöfen und in Klassenzimmern. Dazu gehört eine saubere und gepflegte Schule, mit einer angemessenen technischen Ausstattung und dazu gehört die Vernetzung von Schulen mit kulturellen und sportlichen Organisationen, kirchlichen und sozialen Einrichtungen, mit Unternehmen und Vereinen.

Der entscheidende Schritt: Die curriculare Reform

- Die wichtigste Weiterentwicklung im Bildungssystem betrifft die Bildungspläne und die damit verbundene Lernkultur an den Schulen. Die in der Kultusministerkonferenz vereinbarten gemeinsamen Bildungsstandards sowie die Konzentration auf das Gymnasium und die Oberschule ermöglichen eine an den Bildungsstandards orientierte Reform hin zu vergleichbaren Bildungsplänen. Dadurch erhalten die Schulen Freiräume zur Entwicklung eigener Schulprofile. Zugleich eröffnet mehr Vergleichbarkeit bei den Maßstäben zur Beurteilung von Prüfungen vergleichbare Bildungsabschlüsse – sowohl beim mittleren Bildungsabschluss wie beim Abitur.

Verbindlichere Bildungsinhalte

- Zum Bildungsauftrag der Schulen gehören kulturelle, mathematische und naturwissenschaftliche Bildung ebenso wie historische, ökonomische, politische, ethische, ästhetische und religiöse Bildung.

Die Entwicklung von Sprachkompetenz in Wort und Schrift und eine aktive Lesefähigkeit sind der Schlüssel für eine gute Bildung.

Für die berufliche Zukunft vieler junger Menschen ist es wichtig, dass die MINT-Fächer – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – ausgebaut und qualitativ gestärkt werden. Das ist eine wichtige Voraussetzung für mehr Interesse am Ingenieurberuf.

Auch Sport ist keine Nebensache, sondern muss fester Bestandteil des Unterrichts sein genauso wie projektorientiertes Lernen, das die Selbstorganisation von Lernprozessen fördert.

Medienkompetenz gehört heute zur Allgemeinbildung, schließlich prägen Medien den Alltag von Kindern und Jugendlichen in nie gekannter Weise. Deshalb muss ein ver-

antwortungsvoller und kompetenter Umgang mit Medien Bestandteil des Unterrichts sein.

Religionsunterricht gehört in den Fächerkanon

- Der bekenntnisorientierte katholische und evangelische Religionsunterricht muss im Fächerkanon der Schulen verankert sein. Er vermittelt nicht nur ein Wertegerüst für das Miteinander in unserem Zusammenleben, sondern er bietet auch Hilfen bei der persönlichen Lebensgestaltung. Zugleich stärkt er die Fähigkeit, mit anderen Religionen ins Gespräch zu kommen.
- Auf der Basis des Grundgesetzes treten wir für islamischen Religionsunterricht an unseren Schulen ein. Er soll in deutscher Sprache mit in Deutschland ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern und unter deutscher Schulaufsicht erteilt werden.

Kulturelle Bildung fördern

- Auch für Kunst und Kultur gilt, dass ohne Kenntnis kein Verständnis und ohne Motivation auch kein Engagement zu erreichen ist. Deshalb müssen für die Vermittlung von Grundlagen und Interessen an Bildender Kunst und Musik, wo immer möglich, auch für eigene aktive künstlerische Betätigung, die gleichen Ansprüche an professionellen Unterricht in musischen wie in geistes- und naturwissenschaftlichen Fächern gelten.

Politische Bildung stärken

- Unsere Demokratie braucht Bürgerinnen und Bürger, die selbstbestimmt, eigenverantwortlich und gemeinwohlorientiert handeln und sich aktiv einbringen und so den Gemeinschaftssinn fördern.
Deshalb wollen wir die politische Bildung stärken. Das beginnt in der Schule, muss aber auch Teil eines lebensbegleitenden Lernens sein.

Das duale Lernprinzip umfassend einsetzen

- Das duale Lernprinzip hat sich in Schulen, z. B. im Rahmen von Praxisklassen, bestens bewährt. So ist die Anwendung von Schulwissen in Lehrwerkstätten und die anschließende Aufbereitung der Praxiserfahrungen im Schulunterricht eine sehr erfolgreiche

Methode, um gerade auch lernschwächere Schülerinnen und Schüler zu motivieren und besser in die Ausbildung zu integrieren.

Neue Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Schule

- Wir treten für eine Erziehungspartnerschaft zwischen Familie und Schule ein. Wir wollen Eltern unterstützen, indem wir ihnen Bildungsangebote unterbreiten und sie zum selbstverständlichen Teil von Schule machen. Die enge und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrkräften als Voraussetzung für eine gelingende Bildung der Kinder muss unterstützt werden. Eine aufsuchende Elternbildung kann die Erziehungskompetenz stärken, während mehrsprachige Elternsprechstunden den Kontakt der Familien zur Schule verbessern helfen.
- Wir wollen Eltern in der Schullaufbahn- und Bildungsberatung besser und konsequenter über die unterschiedlichen Bildungswege informieren. Dazu gehört auch, dass mehrere Wege zur Hochschulreife führen und nicht nur das allgemeinbildende Gymnasium.
- Zu einem gerechten Bildungssystem gehört die frühe und individuelle Förderung von besonders Begabten, damit sie ihre Talente rechtzeitig erkennen und entfalten können. Kinderakademien, Schülerforschungszentren und die Möglichkeit zum Juniorstudium, das besonders Begabten parallel zur Schule den Beginn eines Studiums ermöglicht, sind geeignete Wege.
- Zu viele Kinder, die eine Bildungsempfehlung für das Gymnasium erhalten, nutzen diese Möglichkeit nicht. Oft sind es Eltern ohne akademische Ausbildung, die aus der Sorge heraus handeln, ihre Kinder könnten diesen Weg nicht erfolgreich abschließen. Wir wollen diesen Familien beispielsweise einen Bildungspaten an die Seite stellen, der den Eltern als Ansprechpartner dient. Bei Leistungsproblemen erhalten diese Kinder zusätzliche Nachhilfemöglichkeiten.

Kopfnoten

- Die Beurteilung des Lern- und Sozialverhaltens ist ein wichtiges Element zur Wahrnehmung des Erziehungsauftrags der Schule. Auch die Vermittlung von Tugenden wie

Pünktlichkeit, Hilfsbereitschaft und Leistungsbereitschaft gehören zum Erziehungsauftrag der Schule.

Lerngelegenheiten während der Ferien anbieten

- Längere Ferien führen oft dazu, dass sich die Schere zwischen Schülerinnen und Schülern aus bildungsnäheren und bildungsferneren Elternhäusern wieder stärker öffnet. Um hier gegenzusteuern, wollen wir die Lerngelegenheiten während der Sommerferien systematisch ausbauen. Die Erfahrungen mit entsprechenden Lerncamps zeigen, dass dies ein geeigneter Weg ist. Daneben sollen Vereine und lokal-regionale Initiativen den Schülerinnen und Schülern während der Ferien kulturelle, sportliche oder bürgerschaftliche Lernerfahrungen ermöglichen.

Ganztagsschulen ausbauen

- Die Grundschulen und die weiterführenden Schulen des Sekundarbereichs sollen bedarfsgerecht zu Ganztagsschulen ausgebaut werden. Für alle Schüler, ob leistungsstark oder leistungsschwach, ist der Ausbau verpflichtender ganztagschulischer Angebote in erreichbarer Nähe von entscheidender Bedeutung für ihren Bildungserfolg. Damit einher geht die Erwartung an einen pädagogisch strukturierten Tagesrhythmus, der Lernen sowohl in den klassischen Schulfächern als auch in Sport, in musisch-künstlerischen Feldern und die Vermittlung sozialer Kompetenzen umfasst. Die Zusammenarbeit mit regionalen Partnern - zum Beispiel mit Vereinen, Kirchen, Bibliotheken oder Beratungsstellen und anderen Einrichtungen - ist ausdrücklich erwünscht.

E-Learning vorantreiben

- Um Schülerinnen und Schülern die Teilnahme an weiterführenden Bildungsangeboten – wie dem Juniorstudium – zu ermöglichen, unterstützen wir den Ausbau moderner Lern-Infrastrukturen. Mit Hilfe des sogenannten E-Learning eröffnen sich Schülerinnen und Schüler neue Lernchancen. Diese wollen wir ausbauen und offensiv nutzen. Das gilt insbesondere auch für den ländlichen Raum.

Inklusion umsetzen

- Alle Kinder haben ein Recht auf schulische Bildung – unabhängig von körperlicher oder geistiger Behinderung. Deutschland hat sich verpflichtet, ein inklusives Schulsystem weiterzuentwickeln, um die Teilhabechancen behinderter Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Bedarf am gesellschaftlichen Leben zu erhöhen. Gemeinsamer Unterricht wirkt sich auch auf Kinder ohne Förderbedarf positiv aus und stärkt ihre soziale Kompetenz. Unser Leitgedanke ist: So viel Inklusion wie möglich und so viel sonderpädagogische Förderung wie nötig. Daher bedeutet ein inklusives Schulsystem eine Vielfalt von Förderansätzen und Förderorten. Dazu gehören integrative Unterrichtsformen und Förderschulen. Die sonderpädagogische Förderung muss weiterentwickelt und in der Lehrerbildung verankert werden.

Mit Magnetschulen auf die Überholspur

- Eine dauerhaft neue Schulstruktur verlangt eine pädagogische Antwort für die Situation von Schulen in sozialen Brennpunkten, die Integration fördert und attraktiv für Kinder und Jugendliche aus allen Bevölkerungsgruppen wird. Deshalb wollen wir an 1000 Standorten in Deutschland bestehende Schulen zu „Magnetschulen“ weiterentwickeln. Sie zeichnen sich durch innovative Lehrkonzepte aus und konzentrieren sich auf einen Schwerpunkt wie Naturwissenschaften, Technik, Fremdsprachen oder Kunst. Entsprechend ihrer Spezialisierung erhalten die „Magnetschulen“ zusätzliche Fachlehrer, die das besondere Schulprofil schärfen. Das verbessert die Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern, die aus einem schwierigen familiären Lebensumfeld kommen und machen diese Schulen auch attraktiv für Schülerinnen und Schüler aus allen Bevölkerungsgruppen.

Einrichtung eines Bildungsrates

Die Weiterentwicklung eines leistungsfähigen Bildungssystems bedarf der Stärkung der Bildungsforschung und der wissenschaftlichen Expertise. Deshalb streben wir an, analog zum Wissenschaftsrat, einen Bildungsrat einzurichten. Die Länder und der Bund erhalten vom Bildungsrat wissenschaftliche Stellungnahmen und Empfehlungen zur langfristigen Entwicklung des Bildungssystems.

Zusammenarbeit fördern

Die Union steht für eine Bildungspolitik mit Kooperation und klaren Zuständigkeiten: Die Länder tragen die grundgesetzliche Verantwortung für die Bildung, ihnen kommt die Hauptaufgabe in der Weiterentwicklung und im Ausbau des Bildungssystems zu. Zwischen den Ländern muss die Vergleichbarkeit vor allem bei den Bildungsinhalten und -abschlüssen erhöht werden. Mögliche Hemmnisse bei der Frage der Kooperation der Länder untereinander und mit dem Bund sind zu überprüfen und einvernehmlich abzubauen.

Das erhöht die Qualität der Bildung einerseits und die Akzeptanz des föderalen Systems bei den Bürgerinnen und Bürgern andererseits. Schon jetzt ist dies nicht nur im Forschungs- und Hochschulbereich, in der beruflichen Bildung und in der frühkindlichen Bildung möglich. Mit dem Engagement des Bundes in der Berufsorientierung und in der Schulsozialarbeit flankiert der Bund bereits heute die Bemühungen der Länder um schulischen Erfolg, ohne Verantwortlichkeiten aufzuheben. Damit wird das gemeinsame Ziel unterstützt, möglichst allen jungen Menschen den für sie erreichbaren schulischen Abschluss zu ermöglichen.

Bund und Länder haben auf dem ersten Nationalen Bildungsgipfel im Herbst 2008 beschlossen, ab 2015 zusammen mit der Wirtschaft jährlich zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung auszugeben. An diesem Ziel halten wir ausdrücklich fest, weil Investitionen in die Innovations- und Leistungsfähigkeit unserer Bildungs- und Forschungseinrichtungen ein ganz entscheidender Beitrag für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes sind. Wir fordern deshalb Bund und Länder auf, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um dieses ehrgeizige aber notwendige Ziel zu erreichen. Auch die Wirtschaft ist gefordert, durch zusätzliche Anstrengungen einen wichtigen Beitrag zur Erreichung des Ziels zu leisten.

Auf die Lehrerinnen und Lehrer kommt es an

Der Lehrerberuf braucht eine bessere gesellschaftliche Anerkennung. Er gehört zu den wichtigsten Berufen in unserem Land. Die Wertschätzung für das Lehramt beeinflusst nicht zuletzt die Berufswahl junger Menschen.

Gute Lehrerinnen und Lehrer vermitteln nicht nur Wissen und Kompetenzen, sondern sie prägen als Erzieher und Vorbilder die Persönlichkeit junger Menschen insgesamt. Auch in der Lehrer-Schüler-Beziehung gilt: Bildung setzt Bindung voraus. Nach den Eltern sind die Lehrerinnen und Lehrer die wichtigsten Bezugspersonen, an denen sich Schülerinnen und Schüler orientieren – beim Erwerb von Wissen, in Grundhaltungen und Werten. Der Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer kommt daher eine hohe Bedeutung zu.

Dafür setzen wir uns ein:

Exzellenzinitiative „Lehrerbildung“

- Mit einer Exzellenzinitiative „Lehrerbildung“ sollen herausragende Lehrerbildungsmodelle bzw. Universitäten gefördert werden. Deutschland braucht Lehrerinnen und Lehrer mit einem ausgezeichneten fachlichen, didaktischen, methodischen und diagnostischen Hintergrund, die hohe Ansprüche an sich selbst, an den Unterricht und an die Schule stellen und Verhaltensweisen entwickeln, die für den Beruf wichtig sind. Dazu gehören pädagogisches Geschick, Führungsqualität, Offenheit, Kommunikationsfähigkeit, Reflexionsbereitschaft und Belastbarkeit, Motivationsfähigkeit, kulturelle Kompetenz und natürliche Autorität. In Zentren für Lehrerbildung an Universitäten und Hochschulen sehen wir die Chance, die Erfordernisse der Lehrerbildung als Querschnittsaufgabe der Hochschulen wahrzunehmen. Zugleich können diese Zentren die Forschung unterstützen. In der akademischen Lehrerbildung befruchten sich so Schulforschung und Schulpraxis gegenseitig.

Vorbildliche Lehrerbildung

- Zur akademischen Lehrerbildung gehören fachliche, fachdidaktische, methodische und erzieherische Inhalte. Pädagogische Eignung ist ebenso wichtig wie fachwissenschaftliche Kompetenz und muss vor Beginn des Studiums geprüft werden. Deshalb

sollten interessierte Schülerinnen und Schüler Vorpraktika absolvieren, um zu entscheiden, ob und inwiefern das Lehramt der richtige Weg für sie ist. Auch in das Lehramtsstudium sind verstärkt schulpraktische Phasen einzubauen.

- Ferner müssen die Lehrerinnen und Lehrer durch Fort- und Weiterbildungen systematisch und ständig unterstützt werden. Das gilt auch für den Erhalt ihrer emotionalen Gesundheit. Damit Schulen eigenverantwortlich geführt werden können, müssen Fort- und Weiterbildungen zudem mit den Ergebnissen der Hirnforschung und Inhalten zur Organisationsentwicklung angereichert werden.

Attraktivität des Lehrerberufs

- Hervorragende Ausbildung, Auslandsaufenthalte, flexible Arbeitszeiten, die verstärkte Aufnahme von Leistungselementen ins Besoldungs- bzw. Tarifrecht und Freistellungsphasen sind wichtige Hebel, die den Lehrerberuf attraktiver machen und junge Menschen motivieren, diesen Beruf zu ergreifen. Mit Blick auf die Altersabgänge und angesichts einer kleiner werdenden Schülergeneration ist es wichtig, geeignete junge Menschen in ausreichender Zahl für das Lehramt zu gewinnen. Ziel ist ein dynamisches und entwicklungsträchtiges Berufsbild. Mit mehr Kontinuität und Berechenbarkeit kann auch die Bildungspolitik das Ansehen dieses wichtigen Berufs steigern.

Berufliche Bildung 2020 – flexibel, passgenau, anschlussfähig

Das duale Berufsausbildungssystem ist eine besondere Stärke Deutschlands im internationalen Wettbewerb. Diese Stärke wollen wir dauerhaft sichern und weiterentwickeln, indem wir das duale Ausbildungssystem auf die neuen Herausforderungen vorbereiten. Dazu gehört eine bedarfsgerechte Aktualisierung der immer stärker spezialisierten Berufsbilder. Zugleich muss das duale Ausbildungssystem für alle Schulabgänger attraktiv sein.

Die unterschiedlichen Bildungsabschlüsse der allgemeinen, beruflichen und akademischen Bildung sind für uns gleichwertig. Dies muss im breiten gesellschaftlichen Bewusstsein noch besser verankert werden, weil unsere hoch differenzierte Gesellschaft auf Fachkräfte aus dem akademischen und dem berufspraktischen Bereich gleichermaßen angewiesen ist.

Dafür setzen wir uns ein:

Ausbildungsgarantie

- Jeder Jugendliche verdient die Chance auf eine Ausbildung. Alle Schülerinnen und Schüler mit einem Schulabschluss (Ausbildungsreife), gleich an welcher Schulform erworben, sollen einen Ausbildungsplatz erhalten können. Sind trotz der demografischen Entwicklung in Zukunft nicht genügend Ausbildungsplätze vorhanden, müssen geeignete Wege gefunden werden, um allen Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen.

Berufsausbildung flexibilisieren

- Wir wollen die Berufsausbildung flexibler gestalten und dazu mit mehr Möglichkeiten versehen. Die Einführung von zweijährigen Berufen muss sich dabei an den Berufsperspektiven der Jugendlichen orientieren. Zwingend notwendig ist, dass zweijährige Berufe die Durchlässigkeit in einen dreijährigen Beruf gewährleisten. Wir treten auch dafür ein, besonders begabten Auszubildenden bereits während ihrer laufenden Ausbildung den Erwerb von einzelnen Fortbildungsinhalten zukünftiger Weiterbildungsphasen zu ermöglichen.

Mehr Auslandsaufenthalte während der Ausbildung

- Die Förderung interkultureller Kompetenzen ist bereits in den allgemeinbildenden Schulen zu berücksichtigen. Auf dieser Grundlage sollen in dem vom Berufsbildungsgesetz vorgegebenen Rahmen Auslandsaufenthalte zu Standardangeboten der Berufsausbildung werden. Bereits in den allgemeinbildenden Schulen sollte aktiv für Auslandsaufenthalte während der Berufsausbildung geworben werden.

Bündelung der Ausbildungsberufe

- Angesichts der mehr als 350 Ausbildungsberufe treten wir dafür ein, einzelne Berufe in Berufsgruppen bzw. Berufsfamilien zusammenzufassen. Auf diese Weise wirken wir einer Überspezialisierung entgegen, fördern die Durchlässigkeit zwischen verwandten Ausbildungsberufen und ermöglichen reibungslosere Berufswechsel.

Ausbildungsabbrüche vermeiden

- Wenn es um die Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen geht, kommt der Professionalität des Bildungspersonals eine besondere Bedeutung zu. Im Rahmen der Lehrgänge zur Ausbildereignungsprüfung ebenso wie in der Lehrerbildung müssen potenzielle Ausbilder, Ausbildungsberater und Lehrer an berufsbildenden Schulen verstärkt in die Lage versetzt werden, die Signale für drohende Ausbildungsabbrüche frühzeitig zu erkennen und Maßnahmen vorzusehen, die helfen, Ausbildungsabbrüche zu verhindern.

Berufsschulen durch mehr Kompetenz zu gleichberechtigten Partnern machen

- Wir wollen selbstständige Berufsschulen als gleichberechtigte Partner und Dienstleister der Betriebe im dualen System stärken. Dazu wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, in denen sich Schulen eigenverantwortlich und flexibel bewegen können. Wir wollen die Berufsschulen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit sie als starke Partner und Dienstleister an der Seite der Betriebe ihren Aufgaben nachkommen können.

Gleichwertigkeit von allgemeiner, beruflicher und akademischer Bildung

- Mit der Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens im achtstufigen Deutschen Qualifikationsrahmen streben wir die Gleichwertigkeit von allgemeiner, beruflicher und akademischer Bildung an. Abitur und qualifizierte Ausbildungsberufe sollen dazu der Stufe 4, Bachelor, Meister und Techniker der Stufe 6 zugeordnet werden. Zudem wollen wir mit der Umsetzung der Qualifikationsrahmen die Anerkennung der Lernerfahrungen außerhalb der Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, beispielsweise im Ehrenamt, fördern.

Mehr Durchlässigkeit

- Wir wollen die Durchlässigkeit zwischen der beruflichen Bildung und den Hochschulen verbessern. Geeignete Instrumentarien hierzu sind nicht nur die duale Berufsausbildung mit Abitur, sondern auch duale Studiengänge. Wir sehen in ihnen eine sinnvolle Ergänzung der dualen Berufsausbildung mit einer starken Hochschulorientierung.

Qualifizierte Zuwanderung

- Um dem sich weiter verstärkenden Mangel an qualifizierten Fachkräften zu begegnen, ist es wichtig, alle Qualifikationspotenziale im Inland zu aktivieren und zu nutzen. Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung wird das aber allein nicht ausreichen. Deutschland muss auch für qualifizierte Zuwanderung attraktiver werden. Wir wollen dazu die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen verbessern, indem wir die möglichst breite Umsetzung des von der Bundesregierung beschlossenen „Gesetzes zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ unterstützen.

Prävention statt Reparatur

Am Beginn eines Berufswegs steht zumeist ein erfolgreicher Schulabschluss. Ohne Abschluss gelingt dieser Start selten und er ist für den Einzelnen und die Gesellschaft mit hohen Folgekosten verbunden. Mit der Initiative „Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ hat die CDU-geführte Bundesregierung auf diese Entwicklung reagiert. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die ohne Schulabschluss ins Berufsleben entlassen werden, muss deutlich verringert werden.

Dafür setzen wir uns ein:

Mit Bildungsketten und Bildungslotsen gelingt der Start in den Beruf

- Damit die Übergänge nicht verwaltet, sondern sinnvoll organisiert werden, wollen wir zusammen mit den Betroffenen frühzeitig individuelle, interessen- und kompetenzgeleitete regionale Netzwerke zur Integration in den Ausbildungsmarkt entwickeln und umsetzen. Leitlinie für zu erreichende Mindeststandards ist der Bildungskettenansatz. Er basiert auf einer Potenzialanalyse in der siebten Klasse und einer Phase der Berufsorientierung ab der siebten Klasse. Für den Erfolg sind vor allem Eltern, Lehrer, Vertreter der Wirtschaft sowie der Kommunalpolitik und die Berufseinstiegsbegleiter der Bundesagentur für Arbeit rechtzeitig zu beteiligen. Wir streben eine regelmäßige und rechtzeitige Überprüfung zur kontinuierlichen Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf an.

Individuelle Förderkonzepte

- Vor dem Ende ihrer Schulzeit wird bei allen Jugendlichen, die noch nicht ausbildungsreif sind, eine fundierte Diagnostik vorgenommen, um stärkenorientiert ein individuelles Förderkonzept zu entwickeln. Die Förderung erfolgt über Qualifizierungs- oder Ausbildungsbausteine in Betrieben, überbetrieblichen Bildungszentren oder berufbildenden Schulen mit entsprechender Ausstattung. Die gewählte Einrichtung ist für die erfolgreiche Integration in eine Berufsausbildung verantwortlich. In dieser Phase erfolgreich erworbene Qualifikationen werden auf spätere Ausbildungsschritte zeitlich angerechnet.

Lebensbegleitendes Lernen

Für den Erfolg der Bildungsrepublik ist das lebensbegleitende Lernen von zentraler Bedeutung. Individueller Erfolg genauso wie die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes ist im Zeitalter der Wissensgesellschaft immer enger mit einer kontinuierlichen Weiterbildung verbunden. Ohne Freude am Lernen wird die neue Kultur eines lebensbegleitenden Lernens nicht gelingen. Geht es um Aufstiegsfortbildungen oder um ein Studium nach der Ausbildung, muss zudem deutlich werden, dass sich ein erfolgreicher höherer Abschluss sowohl finanziell als auch bei der Arbeitsplatzsicherheit bezahlt macht. Zentrale Stell-schrauben für eine höhere Weiterbildungsbeteiligung sind neben Zeit, Geld, Erreichbarkeit, Passgenauigkeit und Transparenz des Angebotes die individuelle Weiterbildungsfähigkeit sowie ein leistungsfähiges Beratungssystem.

Dafür setzen wir uns ein:

Führungskräfte werden Lern- und Bildungscoaches

- Jeder Ausbildungsabschluss muss Einstieg in die berufliche Weiterbildung sein. Insbesondere Führungskräfte sollen sich dabei als Lern- bzw. Bildungscoaches verstehen und gemeinsam mit den Ausbildungsabsolventen ein individuelles Weiterbildungskonzept entwickeln können. Durch eine engere Verzahnung der Berufsausbildung mit der beruflichen und akademischen Aus- und Weiterbildung sollen Lernbrüche vermie-

den werden. Auch für Zusatzqualifikationen gilt das Prinzip: kein Abschluss ohne Anschluss.

- Ein zielgerichtetes Beratungssystem ist von entscheidender Bedeutung für eine Steigerung der beruflichen Weiterbildung. Deshalb treten wir dafür ein, die zuständigen Stellen und die beruflichen Bildungszentren eng mit den Betrieben in der Region und den Bildungseinrichtungen zu vernetzen.
- Berufliche und auch akademische Weiterbildungsangebote sollen auf die spezifischen Belange von Erwerbstätigen zugeschnitten werden. Hierzu zählt auch, dass es für angehende Studierende, die ihren Hochschulzugang über den beruflichen Bildungsweg erlangt haben, spezifische Vorbereitungskurse zur Förderung der Studierfähigkeit gibt.
- Der Unternehmer- und Existenzgründergeist soll durch Angebote zur Unternehmer-Bildung umfassend gefördert werden. Von der allgemeinbildenden Schule über die Ausbildung bis in die Aufstiegsfortbildung hinein sind entsprechende Elemente zu verankern. Das bundesweite JUNIOR-Programm, das Schülerinnen und Schülern die Gründung eines Schülerunternehmens ermöglicht, ist dafür ein gutes Beispiel. Auch die Meisterprüfung oder Fortbildungsangebote zum „Geprüften Betriebswirt“ unterstützen Unternehmer-Bildung.

Mit Externenprüfungen zum Berufsabschluss

- Wir wollen Menschen, die ein anspruchsvolles Kompetenzprofil aufweisen, aber bislang über keinen regulären Abschluss verfügen, über Externenprüfungen den Weg zu einem anerkannten Berufsabschluss ebnen. Deshalb treten wir dafür ein, Externenprüfungen zu einer wichtigen Säule im Prüfungssystem weiterzuentwickeln. Insbesondere sollen auch Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte von dieser Regelung profitieren. Die Möglichkeiten zur Vorbereitung auf diese Prüfungen müssen ausgebaut und transparent gestaltet werden. Ebenso ist ein bedarfsdeckendes Angebot sicherzustellen.

Weiterbildung für Ältere vorantreiben

- Mit der schrittweisen Erhöhung des Renteneintrittsalters steigt die Notwendigkeit, Erwerbstätige über berufliche Weiterbildung beschäftigungsfähig zu halten. Daher fordern wir die Unternehmen und die Bundesregierung zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit und den Bildungsdienstleistern der Wirtschaft auf, entsprechende Konzepte und Programme zu entwickeln. Angesichts der demografischen Entwicklung und des Fachkräftebedarfs ist gerade auch die Wirtschaft aufgefordert, sich hier besonders intensiv zu engagieren.
- Auch in den Betrieben muss sich eine positive Weiterbildungskultur entwickeln und eine lernförderliche Arbeitsumgebung geschaffen werden. Flexible Arbeitszeitmodelle und arbeitsplatznahe Angebote sind hierbei wichtige motivierende Faktoren, auch verbesserte Aufstiegschancen und neue berufliche Perspektiven wirken sich positiv aus.

Internationalisierung des Wissenschaftssystems

Das Wissenschaftssystem in Deutschland hat mit der Bologna-Reform und der Exzellenzinitiative im internationalen Wettbewerb gute Fortschritte gemacht und eine neue Dynamik entfaltet. Studieren in Deutschland ist so attraktiv wie nie zuvor. Die Zahl der Studienanfänger lag im Jahr 2010 bei rund 46 Prozent eines Jahrgangs. Nach den USA und Großbritannien ist Deutschland heute bei ausländischen Studierenden der beliebteste Studienstandort.

Prognosen gehen davon aus, dass die deutsche Wirtschaft zwischen 2010 und 2014 knapp 1,27 Millionen Akademikerinnen und Akademiker benötigt. Der Bedarf wird zwischen 2015 und 2019 weiter auf 1,36 Millionen Hochschulabsolventen steigen. Demgegenüber steht die Erfahrung, dass nur die Hälfte der Abiturienten ein Studium abschließt. Deshalb streben wir eine bessere Beratung bei der Studienwahl und eine überzeugende Gestaltung der Studieneingangsphase an. Jugendliche aus Elternhäusern, in denen es bisher keine akade-

mische Bildungstradition gibt, müssen verstärkt für ein Hochschulstudium gewonnen werden.

Mit dem Hochschulpakt, den Bund und Länder vereinbart haben, werden bis zum Jahre 2020 zusätzliche Studienplätze finanziert. Dank des Hochschulpaktes entstanden allein zwischen 2005 und 2010 mehr als 182 000 zusätzliche Studienplätze. In den Jahren 2011 bis 2015 werden bis zu 335 000 Plätze hinzukommen.

Studienangebote mit internationaler Dimension gewinnen an deutschen Hochschulen in Zukunft an Bedeutung. Unsere Hochschulen gehen immer mehr Kooperationen mit Partnern auf der ganzen Welt ein. Allerdings fehlt es den Hochschulen oftmals an langfristigen Strategien, um sich international zu vernetzen und zu kooperieren. Nach der Exzellenzinitiative sollte deshalb die Internationalisierung der Hochschulen gefördert werden. Denn der Grad der Internationalität einer Hochschule entscheidet zunehmend über deren Wettbewerbsfähigkeit.

Mit der Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens in einen Deutschen Qualifikationsrahmen wird die scharfe Trennlinie zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung aufgehoben. Die abgeschlossene Berufsausbildung und die Hochschulreife sind gleichwertig. Die Hochschulen müssen sich deshalb auch den Studierenden öffnen, die über die berufliche Bildung zum Studium gelangen. Auch die Bologna-Reform, die eine berufliche Phase zwischen BA-Abschluss und der Aufnahme eines MA-Studiums leichter möglich macht, bringt Studierende mit ganz unterschiedlichen Erfahrungen an die Hochschulen.

Die Exzellenzinitiative hat zu neuen Verbindungen zwischen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen geführt. Ein herausragendes Beispiel hierfür ist die Zusammenführung der Universität und des Helmholtz-Forschungszentrums in Karlsruhe.

Dafür setzen wir uns ein:

Neue Willkommenskultur

- In den nächsten zehn Jahren soll der Anteil ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an den Hochschulen auf mindestens 20 Prozent angehoben werden.

Attraktive Rahmenbedingungen sind Teil einer neuen Willkommenskultur. Dazu gehören neben langfristigen Beschäftigungsperspektiven für Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler auch Bleibemöglichkeiten für Hochschulabsolventen ausländischer Herkunft.

Mehr studienbezogene Auslandsaufenthalte

- Spätestens in zehn Jahren soll die Hälfte der Studierenden einen Teil des Studiums im Ausland oder zumindest einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt absolvieren. Dabei geht es nicht nur um Interkulturalität und den Erwerb von Sprachkenntnissen. Die Studierenden sollen gleichzeitig auch andere Lern- und Wissenschaftstraditionen kennenlernen. Als integrierte Studiengänge mit gemeinsamen oder doppelten Abschlüssen sollen die Mobilität der Studierenden und die Zusammenarbeit der Hochschulen verbessert werden.

Bologna-Reform weiter umsetzen

- Mobilität innerhalb Deutschlands und international verlangt die Vergleichbarkeit von Studienleistungen und Abschlüssen. Da dies noch nicht überall gelingt, ist bei der weiteren Umsetzung der Bologna-Reform darauf besonders zu achten.

Einrichtung von Universitäts-Kollegs

- Der Wettbewerb zur Stärkung der Lehre im Rahmen des Hochschulpaktes soll angesichts der unterschiedlichen Studienvoraussetzungen einen besonderen Schwerpunkt auf die Förderung kreativer Konzepte zur Gestaltung der Studieneingangsphase legen. Dies kann beispielsweise durch die Einrichtung von Universitäts-Kollegs geschehen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei der Förderung attraktiver Angebote für jene, die berufsbegleitend ihre Kompetenzen und Fähigkeiten ausbauen und sich weiter qualifizieren wollen.

Mehr Autonomie für die Hochschulen

- Der zunehmende internationale Wettbewerb der Wissenschaftssysteme verlangt mehr Autonomie in den Hochschulgesetzgebungen der Länder für die Hochschulen. An die

Stelle von Detailsteuerung und Fachaufsicht der entsprechenden Ministerien treten Hochschulverträge.

- Studiengebühren haben sich als Wettbewerbsinstrument bewährt. Deshalb soll es in Zukunft in der Entscheidungsmacht einer Hochschule liegen, Studiengebühren zu erheben. Dabei bedarf es einer sozialen und leistungsfördernden Ausgestaltung der Rückzahlbedingungen.

Neue Kooperationsmodelle zwischen Hochschule und Forschungszentren

- Nach dem Auslaufen der Exzellenzinitiative werden neue Wege der Zusammenarbeit von Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen angestrebt. Damit soll eine größere internationale Sichtbarkeit der entsprechenden Standorte im Wissenschaftssystem erreicht werden. Um die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern an solchen Standorten zu ermöglichen, wird eine einvernehmliche Weiterentwicklung der grundgesetzlichen Regelungen angestrebt, um über die Zusammenarbeit bei Projekten auch die Kooperation von Institutionen zu erleichtern.

Besonders von der CDU regierte Kommunen, Länder und der Bund haben in den vergangenen Jahren viel getan, um gute Bildungschancen für jede und jeden zu ermöglichen. Ausgezeichnete Ergebnisse in Bildungsstudien, eine hohe Innovationsfähigkeit und eine geringe und weiter sinkende Jugendarbeitslosigkeit sind hervorragende Belege dieser erfolgreichen Politik.

Mit dem vorgelegten Programm für die zukünftige Bildungsrepublik Deutschland zeigen wir auf, wie wir auch weiterhin Leistungs- und Chancengerechtigkeit verwirklichen können. Die Politik kann aber nur die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Wir brauchen das Engagement der Schüler, Eltern, Erzieher, Lehrer, der Wissenschaft, der Kultur, der Wirtschaft und vielen anderen, um dieses Ziel zu erreichen. Die CDU Deutschlands lädt dazu ein, diesen Weg gemeinsam zu gehen.